



Bundesministerium
Verfassung, Reformen, Deregulierung
und Justiz (Verfassungsdienst)
Museumstraße 7
1070 Wien
GZ: BMVRDJ-600.127/0002-V 1/2019
Sektion.V@bmvrj.gv.at

Präsidium des Nationalrates
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

FGW - Fachverband der Gas- und
Wärmeversorgungsunternehmen
Herrn Mag. Carl Michael Lichnovsky
Frau Mag. Katalin-Andrea Griessmair-Farkas
Schuberting 14
1010 Wien
lichnovsky@gaswaerme.at
griessmair@gaswaerme.at

Industriellenvereinigung
Frau Mag. Judith Obermayr-Schreiber, E.M.B.L.-HSG.
Schwarzenbergplatz 4
1031 Wien
judith.obermayr-schreiber@iv.at

Österreichs E-Wirtschaft
Herrn Dr. Christian Peter
Frau Dipl.-Ing. Ursula Tauschek
Brahmsplatz 3
1040 Wien
Ch.Peter@oesterreichsenergie.at
u.tauschek@oesterreichsenergie.at

Graz, am 14.05.2019

**Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 geändert wird
Begutachtungsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf die derzeit im Begutachtungsverfahren befindliche Änderung zum Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 und erlauben uns dazu folgende Stellungnahme zu erstatten:

Seitens der Konzernunternehmen der Energie Steiermark AG wird es sehr begrüßt, dass das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) geändert wird. Eine Novelle des AVG steht seit vielen Jahren zur Diskussion und sehen wir die im Begutachtungsentwurf vorliegenden Änderungsvorschläge als einen ersten Schritt, letztendlich eine Verfahrensvereinfachung und daraus folgend auch eine Verfahrensbeschleunigung zu bewirken.

Die geplante Änderung, wonach Großverfahren bereits ab 50 prognostizierten Beteiligten durchzuführen sind, stellt eine Erleichterung für Behörden und Projektwerber dar und ermöglicht Bekanntgaben/Kundmachungen per Edikt zu veranlassen, anstelle eine persönliche Verständigung vorzunehmen.

Auch die neue Regelung, wonach keine Ediktssperre im Sommer und zu Weihnachten in Hinkunft gegeben sein soll, ist sehr zu begrüßen, weil dadurch Verzögerungen hintangehalten werden können.

Weiters ist es sehr positiv zu sehen, dass nicht amtliche Sachverständige auf einfachere Weise den Verfahren beigezogen werden können, was in der Vergangenheit nur sehr eingeschränkt möglich war.

Dass auch das Einbringen von Schriftsätzen per E-Mail außerhalb der Amtsstunden in Zukunft möglich sein sollte, ist ebenso sehr positiv zu werten. Hier wäre es wünschenswert, klare Regelungen über den Nachweis des Zuganges eines Schriftsatzes (z.B. eine automatische Antwort/Bestätigung des Empfangsservers) im Gesetz zu verankern.

Wie schon eingangs ausgeführt, stellt diese u.E. überfällige Novelle lediglich den Beginn einer Reform des AVG dar und sollten noch mehrere Änderungen ehestmöglich erfolgen, um eine Verfahrensvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung zu erwirken, welche den Wirtschaftsstandort Österreich stärken, Arbeitsplätze sichern und Investitionen in Großprojekte ermöglichen.

Generell sollten Kundmachungen modernisiert werden, dies könnte in der Form erfolgen, wonach nur auf einer zentralen Homepage die Kundmachungen veröffentlicht werden müssen (z.B. edikte.gv.at).

Es wäre sehr wichtig und sehr zu begrüßen, wenn dies ehestmöglich – am besten mit der gegenständlichen Novelle – noch umgesetzt werden könnte, weil die Schaltungen in den Länder-Zeitungen hohe finanzielle Aufwendungen für die Projektwerber bedeuten und eine Kundmachungsdatei ähnlich wie bei der Ediktsdatei betreffend Insolvenzen auch relativ einfach geschaffen werden kann.

Weiters regen wir noch folgende Änderungen des AVG an:

- Sämtliche UVP-Verfahren sollten als Großverfahren durchgeführt werden.
- Hinsichtlich der Zustellfiktion sollte die Frist gekürzt werden, im Idealfall auf den Tag nach der Kundmachung.
- Die Frist für die Ediktalkundmachung sollte von sechs auf vier Wochen gekürzt werden.
- Die Auflagefrist sollte ebenso verkürzt werden, im besten Fall von derzeit acht auf vier Wochen.
- Großverfahren sollten effizienter gegliedert werden. Hier schlagen wir vor, dass Einwendungen und Stellungnahmen innerhalb der Auflagefrist eingebracht werden müssten, dies bei sonstiger Unzulässigkeit.

- Der Schluss des Ermittlungsverfahrens sollte generell, wie beispielsweise im UVP-Gesetz geregelt werden. Dies bedeutet, dass ein Vorbringen nur bis zum Ende der mündlichen Verhandlung zulässig sein sollte. Eine Fortsetzung nach Schluss des Ermittlungsverfahrens sollte nur mehr von Amtswegen möglich sein.
- Generell sollten alle Verfahrensfristen mit einer Präklusionswirkung versehen werden.

Ziel muss es sein, Verfahren schnell, effizient und rechtssicher abzuwickeln. Dies kann durch die Instrumente der Kundmachung und der Verfahrensgliederung sowie der Unterbindung mutwilliger Verzögerungen erreicht werden. Bausteine eines modernen Verfahrensrechts sind bereits in anderen Gesetzen, z.B. im UVP-Gesetz umgesetzt und wäre es sehr zu begrüßen, dass auch das AVG hier entsprechend angepasst wird.

Wir ersuchen Sie höflichst, unsere Anmerkungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



i.V. Mag. Johannes Pratl



i.V. Mag. Roland Wolfart